

Das Wochenmagazin der



Aktuell

5. November 2010 · Nr. 36

www.spoe.at
„Österreich 2020“-Gastkommentar
von GPA-djp-Geschäftsführerin
Dwora Stein

Arbeitsmarkt:

Trendwende gelungen!

Die Oktober-Daten zeigen es deutlich: Der Arbeitsmarkt erholt sich zusehends. Bereits zum fünften Mal in Folge sind die Zahlen der Arbeitssuchenden im Vergleich zum jeweiligen Monat des Vorjahres deutlich zurückgegangen. Grund: Der Wirtschaft geht es wieder besser. Das liegt im Wesentlichen daran, dass die Regierung Faymann rasch und gezielt mit ihren Konjunktur- und Arbeitsmarktpaketen reagiert hat. Aber: Das kostet Geld. Österreich steht zwar im internationalen Vergleich punkto Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten hervorragend da. Entsprechend gering ist das nötige Einsparungsvolumen, nämlich lediglich 1,7 Prozent, während fast alle europäischen Staaten weit drastischere Sparpakete schnüren müssen. Großbritannien etwa muss seine Ausgaben um 19 Prozent kürzen.

Trotzdem gibt es im vorliegenden Budgetentwurf Härtefälle, die einer Korrektur bedürfen. Die Begutachtungsphase wird von der Regierung daher genutzt, Gespräche mit Interessensvertretern zu führen, um einen budgetären Feinschliff vornehmen zu können.

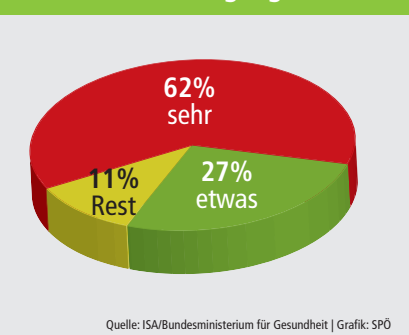
Eure Redaktion

Highlights der Woche

Arbeitsmarkt	4
Interview mit SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits	6
Budget	8
Artenschutz	9
Euro-Schutzschirm	10
„Österreich 2020“-Gastkommentar GPA-djp-Geschäftsführerin Dwora Stein	14

THEMEN DER WOCHE

Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung



Gesundheitssystem: Bevölkerung zufrieden

Der dritte Durchgang des von Gesundheitsminister Alois Stöger initiierten Gesundheitsbarometers zeigt deutlich: Die Mehrheit der Menschen in Österreich ist zufrieden mit dem Gesundheitssystem. Auch dessen Entwicklung wird mehrheitlich positiv beurteilt. Und Minister Stöger wird dafür sorgen, dass das auch so bleibt: „Ich werde weiterhin für den Ausbau eines solidarischen Gesundheitssystems kämpfen.“

Zitat der Woche

„Es muss gespart werden – auch bei den Bundesländern. Aber mit Maß und Ziel und sozialer Ausgewogenheit. Und nicht durch Massenschließungen von Spitälern oder Schulen.“
Bundeskanzler Werner Faymann



Spöla

Ulrike Königsberger-Ludwig:
Nur eine Öffentlichkeit, die nicht wegschaut, kann Verbesserungen zum Schutz von Frauen mit Behinderung bewirken.

Stopp der Gewalt

Frauen und Mädchen mit Behinderung sind besonders gefährdet, Opfer von Gewalt und sexuellen Übergriffen zu werden. „Allein durch eine oftmals mit einer Behinderung einhergehende Kommunikationsbeeinträchtigung sind sie eine besonders gefährdete Risikogruppe“, weiß SPÖ-Bereichssprecherin für Menschen mit Behinderung Ulrike Königsberger-Ludwig. Für sie ist daher unerlässlich, dass es diesen Frauen ermöglicht wird, Gewalt gegen sich zu erkennen und sich zu wehren. Denn herkömmliche Strategien zur Prävention oder Bewältigung sexueller Übergriffe können nicht ohne weiteres auf die Situation von Frauen mit Behinderung übertragen werden. Königsberger-Ludwig plädiert auch dafür, das Thema verstärkt in die Öffentlichkeit zu tragen. „Tabuisierung und Ignoranz sind gefährlich“, so die SPÖ-Bereichssprecherin, die betont: „Nur eine Öffentlichkeit, die nicht wegschaut, kann Verbesserungen zum Schutz der Opfer bewirken.“

BUDGET

Bankensteuer nicht auf Kunden abwälzen

Die SPÖ wird darauf achten, dass die Bankenabgabe nicht auf die Kunden abgewälzt wird. Sonst soll es kein Entgegenkommen des Staates mehr geben, fordert SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter.

500 Millionen Euro jährlich wird der Staat künftig aus der Bankenabgabe lukrieren. Dass die Abgabe nicht an die Bankkunden weitergegeben wird – etwa durch höhere Kontogebühren – soll streng kontrolliert werden, so SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. Gleichzeitig sollte das Entgegenkommen des Staates gegenüber den Banken – etwa bei Staatshaftungen oder Stützungen von Banken –

vom Verhalten der Institute abhängen. „Sollten die Banken eine Kompensation der Bankensteuer über eine Zusatzbelastung der Kunden versuchen, wird in Zukunft jedes Entgegenkommen seitens der Politik den Banken gegenüber zu verweigern sein“, so der SPÖ-Geschäftsführer. Kräuter unterstützt deshalb auch den Vorschlag von Finanz-Staatssekretär Andreas Schieder nach einem strikten Monitoring durch die OeNB.



SPÖ

Bundesgeschäftsführer Kräuter: Künftige Staatshaftungen vom Verhalten der Banken bei der Bankenabgabe abhängig machen.



STANDPUNKT

Es gibt keine Allheilmittel

Ist die Budgeteinigung ein großer Wurf oder nicht? Diese in der vergangenen Woche so oft gestellte Frage ist letztlich genauso oberflächlich, wie die Verwaltungsreform als Allheilmittel für alles Mögliche zu nennen.

Es gibt kaum ein Land in Europa, das wie Österreich bei einem ausgewogenen Kurs mit einem Sparprogramm von 1,7 Prozent auskommt. In Großbritannien etwa müssen 19 Prozent des Haushalts eingespart werden. Unter Verwaltungsreform verstehen die Briten, fast eine halbe Million öffentlicher Bediensteter zu entlassen. Den Kommunen wird das Sozialausgabenbudget um 25 Prozent gekürzt. Die Folgen für Großbritannien kann man sich ausmalen: Steigende Arbeitslosigkeit, geringeres Wirtschaftswachstum, Rückgang der Kaufkraft. Ganz anders, nämlich ungleich besser, ist die Situation in Österreich.

Wir haben die zweitniedrigste Arbeitslosenquote in ganz Europa, trotz Wirtschaftskrise stieg die Zahl der Beschäftigten und der Arbeitsplätze. Wir haben ein Gesundheitswesen, das keinen Vergleich zu scheuen braucht sowie ein soziales Netz, das in der Krise mit der Mindestsicherung sogar ausgebaut wurde. Das ist es, was wir mit Recht einen großen Wurf nennen können. Und ja, darauf kann Österreich stolz sein. Wenn sich manche „Leiden“ à la Briten-Premier David Cameron wünschen, kann man nur sagen: Schwarz-Blau ist zum Glück vorbei.

Stichwort Verwaltungsreform. Was konnten wir in den letzten Tagen nicht alles über dieses „Allheilmittel“ lesen, vom „Penizillin für das 21. Jahrhundert“ war sogar die Rede. Sehen wir uns die Fakten an: Natürlich muss mit Steuergeldern verantwortungsvoll umgegangen werden. Selbstverständlich gibt es in verschiedenen Bereichen Einsparungspotentiale. So ist es unsinnig, in einem Land mit acht Millionen Einwohnern zwei unterschiedliche Lehrerausbildungen zu haben. Es ist nicht effizient, neun unterschiedliche Jugendschutzgesetze oder Krankenanstaltengesetze zu haben. Moderne Verwaltung heißt für uns, die gleiche Leistung bei geringeren Kosten anbieten zu können. Heils-



Es darf keinen Kahlschlag der Leistungen in den Ländern – etwa im Bildungsbereich – geben.

erwartungen sind aber unseriös. Wer als Alternative zu Bankenabgabe und Sparwille über die Verwaltungsreform Milliardenbeträge konsolidieren will, sollte den Mut haben ehrlich zu sagen, welches Krankenhaus er schließen möchte und welche Schule verlegt werden soll.

„Die Entlastung des Faktors Arbeit und die stärkere Besteuerung größerer Vermögen sind Ziele für die nächste Steuerreform.“

„Verwaltungsreform“ kann nicht heißen, einfach die Leistungen zu kürzen und so Geld zu sparen. Denn wenn wir auf diesem Weg in den kommenden vier Jahren Milliarden Euro einsparen wollten, würde das nicht ohne die massenhafte Schließung von Spitälern und Schulen gehen. Das werden wir nicht zulassen. Andere notwendige Maßnahmen wie ein einheitliches Dienstrecht oder eine gemeinsame Ausbildung für Lehrer bringen fürs Budget zunächst einmal gar nichts. Heißt: „Verwaltungsreform statt Einsparungen“ ist der gleiche Unsinn wie „Sparen statt neue Steuern“.

Bundeskanzler Werner Faymann hat diese Woche deutlich gemacht, dass es bei der viel diskutierten Verwaltungsreform darum gehen wird, einen Kahlschlag der Leistungen in den Bundesländern auszuschließen. Was gemeinsam mit den Bundesländern versucht werden soll, ist ein Stabilitätspakt mit Grenzen für die Verschuldungen und der Neuaufnahmen von Krediten sowie Einsparungen bei jenen Ausgaben, die die Bundesländer tätigen.

Stichwort Demokratie: Zu den demokratischen Gepflogenheiten unseres Landes gehört es, Gesetze vor Beschluss durch den Nationalrat in Begutachtung zu schicken. Neue Gesetze werden nicht hinter verschlossenen Türen diktiert, vielmehr werden Gesetzesentwürfe erstellt, die während der Begutachtung diskutiert und verbessert werden. Beispiel hierfür ist die Feinabstimmung des Budgets, die derzeit stattfindet. Bis zum Beschluss im Dezember soll jede Gelegenheit genutzt werden, um bei bestimmten Problemfällen über Entschärfungen nachzudenken.

Am größten Unterschied zu anderen europäischen Ländern wird beim Budget jedenfalls festgehalten: Die neuen Einnahmen kommen zum überwiegenden Teil aus gerechten Steuern wie der Bankenabgabe, also von Spekulanten und Banken. Wir haben fünf von acht Punkten für mehr Steuergerechtigkeit durchgebracht, für den Rest kämpfen wir weiter. Die Konsolidierung des Budgets ist ein notwendiger Schritt. Die Verhandlungen mit den Ländern über Reformen in der Verwaltung werden ein weiterer wichtiger Schritt sein. Die Entlastung des Faktors Arbeit und die stärkere Besteuerung größerer Vermögen sind Ziele für die nächste Steuerreform. Wir Sozialdemokraten messen die Ergebnisse aller Verhandlungen daran, ob wir Österreich ein Stück gerechter machen können. ♦



BESCHÄFTIGUNG

Die Arbeitslosigkeit sinkt in Österreich in allen Branchen – am meisten bei den Metall- und Elektroberufen.

Arbeitsmarkt erholt

Auch im Oktober sank die Arbeitslosigkeit deutlich. Vor allem bei Langzeitarbeitslosen, Jugendlichen und männlichen Arbeitslosen haben sich die Zahlen gebessert.

„Der erfreuliche Trend am österreichischen Arbeitsmarkt setzt sich auch im Oktober weiter fort und es ist ein kräftiger Zuwachs offener Stellen zu verzeichnen.“

Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer

War Rudolf Hundstorfer als zuständiger Ministervor knapp einem halben Jahr noch vorsichtig, was ein Ausrufen der Trendumkehr am Arbeitsmarkt betrifft, so ist er nun sicher: „Die Krise lässt nach.“ Denn im Oktober verringerte sich die Arbeitslosigkeit nun schon das fünfte Mal in Folge. Inklusiv des Rückgangs bei Schulungsteilnehmern ging die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Oktober 2010 um 21.356 Personen zurück, die stärkste Abnahme seit März 2008. „Durch die besser laufende Wirtschaft hat sich auch die Arbeitsmarktlage klar verbessert. Als Instrument zur Bekämpfung der Krise haben wir in den vergangenen beiden Jahren die Schulungsmaßnahmen stark ausgeweitet, hier können wir nun auf-

grund der besseren Arbeitsmarktlage das Angebot reduzieren“, so der Sozialminister.

EU-weit an der Spitze

Österreich ist mit einer Arbeitslosenquote von 4,5 Prozent im Oktober weiterhin EU-weit an der Spitze – etwa gleichauf mit den Niederlanden, die eine Quote von derzeit 4,4 Prozent aufweisen. Deutlich abgeschlagen dahinter liegen Luxemburg mit 5 Prozent, Malta mit 6,2 Prozent und Deutschland mit 6,7 Prozent. Der EU-Schnitt beträgt 9,6 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit sinkt in Österreich in allen Kategorien und Berufsgruppen. Besonders in den Metall- und Elektroberufen ist die Arbeitslosigkeit mit minus 26,8 Prozent und in der Baubranche mit minus 10,7 Prozent stark zurückgegangen. Die Metallbranche war von der Krise am stärksten betroffen. Der deutliche Rückgang der Arbeitslosigkeit in diesem Bereich zeige da-

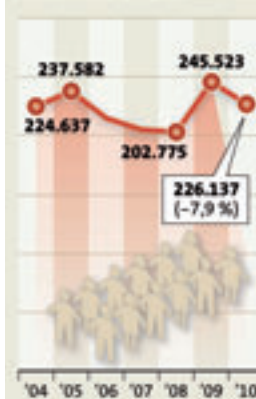
her, dass die Krise nachlässt, so Hundstorfer. „Der kräftige Zuwachs offener Stellen um 18,5 Prozent auf 32.915 erleichtert Arbeitslosen den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben“, konstatiert der Minister.

In absoluten Zahlen waren im Oktober 226.137 Menschen arbeitslos gemeldet – um 7,9 Prozent weniger als vor einem Jahr (siehe Grafik). Rechnet man die Schu-

Arbeitslose in Österreich im Oktober

Entwicklung seit 2004

Jeweils Ende Oktober



Zahlen im Detail

Veränderung zu Okt. 2009 in %

117.485 Männer	-11,4
108.652 Frauen	-3,8
37.198 15-24-jährige	-9,8
47.437 über 50-jährige	-3,4
5.707 Langzeitarbeitslose	-20,3
71.827 in Schulung*	-2,7

Bundesländer

in %	ÖO	NÖ	Wien
Vbg	-15,1	-6,7	+0,4
Tirol	-19,7	-6,4	-10,3
Sbg	-10,3	-16,5	-8,5
Stmk	-10,3	-16,5	-8,5
Bgld	-10,3	-16,5	-8,5
Ktn	-8,1		

Grafik: © APA, Quelle: APA/AMS

* nicht in Arbeitslosenzahl enthalten



lungsteilnehmer – deren Zahl ebenfalls um 2,7 Prozent gefallen ist – hinzu, waren hierzulande 297.964 Menschen auf der Suche nach einer Arbeit. Gegenüber dem September, in dem diese Zahl 283.650 betrug, sind das zwar absolut gesehen mehr Arbeitssuchende. Dies lässt sich jedoch durch die saisonale Arbeitslosigkeit in Branchen wie der Bauindustrie erklären.

Ansonsten zeigt sich, dass es vor allem in der Industrie und dem verarbeitenden Gewerbe eine deutliche Besserung der wirtschaftlichen Lage gibt. Im regionalen Vergleich ging die Arbeitslosigkeit am stärksten in Vorarlberg (minus 19,7 Prozent), in der Steiermark (minus 16,5 Prozent) und in Oberösterreich (minus 15,1 Prozent) zurück. Auch im Burgenland (minus 8,5 Prozent) und in Kärnten (minus 8,1 Prozent) waren überdurchschnittliche Rückgänge zu verzeichnen. Im Österreich-Schnitt sank die Arbeitslosigkeit um 7,9 Prozent. Der Rückgang bei Männern ist mit minus 11,4 Prozent wesentlich stärker

sich

als jener bei den Frauen mit minus 3,8 Prozent.

20 Prozent weniger Langzeitarbeitslose

Besonders positiv entwickelte sich die Situation bei den Langzeitarbeitslosen, die länger als zwölf Monate auf Arbeitssuche sind. Ihre Zahl sank um ein Fünftel. 2011 werden trotz eines leicht rückläufigen Budgets in der aktiven Arbeitsmarktpolitik weitere Schwerpunkte in der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit gesetzt, kündigte der Minister an. Durch das Aktivierungsgeld stehen für Maßnahmen zur Reintegration von Langzeitarbeitslosen im kommenden Jahr um 56 Mio. Euro mehr zur Verfügung. Mit diesen Mitteln werden verstärkt Beschäftigungsprojekte, sozialökonomische Betriebe und gemeinnützige Beschäftigungsprojekte unterstützt.

Österreich auch bei der Jugendbeschäftigung top

Auch die Jugendarbeitslosigkeit bei den 18- bis 24-Jährigen ging überdurchschnittlich stark zurück. „Wir haben mit vielen Maßnahmen in diesen schwierigen Segmenten Impulse geben können, sodass wir

INTERVIEW

„Nur Qualifizierung hilft“

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits im Interview mit „SPÖ Aktuell“ zur sehr erfreulichen Entwicklung am Arbeitsmarkt und zum Problembereich Frauenerwerbstätigkeit.



Spöla

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits

„SPÖ Aktuell“: Die Krise lässt offenbar nach, es ist bereits eine Trendumkehr zu erkennen – was sich in sinkenden Arbeitslosenzahlen niederschlägt ...

Renate Csörgits: Das ist richtig. Wir stehen in absoluten Zahlen bei der Arbeitslosigkeit bereits besser da als 2004 – und da war Hochkonjunktur. Dass sich das nach der Wirtschaftskrise so entwickelt hat, ist dem raschen und richtigen Reagieren der Bundesregierung und ihren Konjunktur- und Arbeitsmarktpaketen zu verdanken. Besonders erfreulich ist natürlich die an-

haltend positive Entwicklung bei den Langzeitarbeitslosen und bei den Jugendlichen. Ein Wermutstropfen ist die Entwicklung beim Frauenarbeitsmarkt.

Weshalb sinken die Arbeitslosenquoten bei den Frauen deutlich weniger stark als bei den Männern? Hier steht ein Minus von lediglich 3,8 Prozent einem Minus von 11,4 Prozent gegenüber...

Csörgits: Das liegt daran, dass in erster Linie jene Branchen von der positiven Konjunkturentwicklung profitieren, in denen mehrheitlich Männer beschäftigt sind. Also die Metall- und Elektroberufe mit einem Minus an Arbeitslosen von 26,8 Prozent, oder die Bauberufe mit minus 10,7 Prozent sowie die höheren technischen Berufe mit minus 9,8 Prozent.

Was tun gegen Frauenarbeitslosigkeit?

Csörgits: Bei Frauen kommt es vor allem darauf an, dass sie nach einer Berufsunterbrechung, etwa aufgrund einer Babypause oder wegen der Pflege von nahen Angehörigen, rasch wieder in den Arbeitsprozess einsteigen können. Da hilft, dass 50 Prozent der aktiven Fördermittel des AMS in die Unterstützung von Frauen investiert werden – denn nur Qualifizierung, und zwar fundierte in Zukunftsbereichen und keine Massenkursabfertigung, hilft gegen Frauenarbeitslosigkeit. ♦

bei der Jugendarbeitslosigkeit nun zu den Besten in Europa zählen“, so Hundstorfer. Europabester in Sachen Jugendarbeitslosenquote ist derzeit Deutschland mit 8,5 Prozent, knapp dahinter die Niederlande mit 8,6 Prozent und Österreich mit 8,9 Prozent. Deutlich mehr arbeitslose Jugendliche weist Malta mit 11,6 Prozent auf, danach kommen Dänemark (12,2 Prozent) und Slowenien (15,2 Prozent). Der EU-Schnitt bei der Jugendarbeitslosigkeit beträgt 20,3 Prozent.

Verbessert haben sich auch die Zahlen auf dem Lehrstellenmarkt. So gab es im

Oktober um 15,8 Prozent mehr offene Lehrstellen als im Jahr zuvor. Durch die besser werdenden Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten ist es den Betrieben möglich, wieder mehr Lehrlinge aufzunehmen. Die Zahl der Lehrstellensuchenden lag mit 6.202 zwar immer noch über jener der offenen Lehrstellen (4.097), die Differenz nahm jedoch stark ab. Hundstorfer: „Wir werden uns in den kommenden Monaten besonders darum bemühen, dass Jugendliche, die derzeit in überbetrieblichen Ausbildungsstätten ihren Beruf erlernen, eine Anstellung in einem Unternehmen finden.“ ♦

BUDGET

Regierung sucht Dialog

Die laufende Budget-Begutachtungsfrist wird für Gespräche zur Feinabstimmung des Budgets genutzt. Härtefälle sollen besonders berücksichtigt werden, ohne das Budget aufzuschnüren.



Zimmer

„Wir werden auch die Punkte, die noch in der öffentlichen Diskussion stehen, ausreden, aufklären oder dort, wo es notwendig ist, nachbessern – ohne den Budgetkurs zu verlassen.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Bundeskanzler Werner Faymann hat zu mehreren Gesprächsrunden geladen, bei denen über die Entschärfung bestimmter Problemfälle diskutiert wird.

Wir werden auch die Punkte, die noch in der öffentlichen Diskussion stehen, ausreden, aufklären oder dort, wo es notwendig ist, nach-

bessern – ohne den Budgetkurs zu verlassen“, bekräftigte Bundeskanzler Werner Faymann zuletzt. Daher werde die Begutachtungsfrist für die Budgetgesetze für intensive Gespräche mit kritischen Interessenvertretern genutzt, um ihre Verbesserungsvorschläge zu hören und um bei bestimmten Problemfällen über Entschärfungen nachzudenken. Beginnend mit 5. November wird es Treffen mit den Religionsgemeinschaften und den Familienverbänden geben. Unmittelbar darauf folgen Gespräche mit Studierenden und Rektoren sowie Vertretern des Schulsektors (siehe Info-Kasten). „Wir werden diese Diskussionen bis Ende November mit Augenmaß und Respekt führen, denn wir gehen auf Menschenschicksale ein“, unterstrich der Bundeskanzler.

Wichtige Nachbesserungen bereits außer Streit

Wie wichtig die Gesprächsbereitschaft und das Bemühen um Konsens sind, zeigt sich auch daran, dass entscheidende Nachbesserungen bereits außer Streit gestellt werden konnten. So wurde schon erreicht, dass

bei der Auszahlung der Familienbeihilfe für Studierende der Präsenz- und Zivildienst angerechnet wird. Ebenso wird bei studierenden Müttern die Zeit des Mutterschutzes berücksichtigt. Nachgebessert wird auch bei jenen rund 8.000 Studierenden, denen bei Streichung der Familienbeihilfe eine Kürzung der Studienbeihilfe gedroht hätte. Und auch bei Studienrichtungen, die bis zum 24. Lebensjahr gar nicht in der Mindestzeit abgeschlossen werden können, sind Nachbesserungen möglich.

Kein Leistungskahlschlag in Bundesländern

Während in anderen europäischen Ländern Sparpakete geschnürt wurden, die mit massiven Einschnitten bei den Pensionen und Gehältern sowie Kündigungswellen verbunden waren, werde Österreich für sein sozial ausgewogenes Budget im internationalen Vergleich beneidet, betonte der Bundeskanzler. In Großbritannien etwa müssten 19 Prozent eingespart werden, Österreich dagegen kommt mit 1,7 Prozent aus. „Plus zusätzlichen Einnahmen von jenen, die in der Vergangenheit zu wenig bezahlt haben, oder die sich mehr leisten können, wie Bankenabgabe, Stiftungssteuer, Konzernbesteuerung“, so Faymann. Zu den Verhandlungen mit den Bundesländern unterstrich Faymann: „Ziel bleibt es, mit den Ländern einen Stabilitätspakt zu vereinbaren. Wir wollen aber weder Massenschließungen von Spitälern noch von kleinen Schulen. Es wird keinen Kahlschlag der Leistungen in den Bundesländern geben – dafür stehe ich nicht zur Verfügung.“ ♦

AUF EINEN BLICK

Vier Gesprächsrunden zum Budget

In den kommenden Wochen wird es in Sachen Budget vier Gesprächsrunden mit verschiedenen Interessensvertretern geben. An diesen Gesprächen werden neben dem Bundeskanzler und dem Finanzminister auch die jeweils zuständigen Ministerinnen und Minister teilnehmen.

- ▶▶ 5. November: Treffen mit Vertretern der Religionsgemeinschaften
- ▶▶ nächste Woche: Gesprächsrunde mit Familienverbänden
- ▶▶ 22. November: Gespräche mit Vertretern der Hochschülerschaft und Rektoren
- ▶▶ 23. November: Gespräch mit Interessensvertretern des Schulbereichs

EUROPA

EU-Gipfel: Der Euro ist sicher

Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben einen „Rettungsschirm“ zur Absicherung des Euro vereinbart. Für eine weitere Krise sollen in Zukunft nicht allein die Steuerzahler bezahlen.

Die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise unter Druck gekommene europäische Gemeinschaftswährung soll durch einen permanenten Krisenbewältigungsmechanismus abgesichert werden. Die EU-Staats- und Regierungschefs einigten sich in Brüssel auf eine entsprechende „begrenzte“ EU-Vertragsänderung, die bereits beim nächsten EU-Gipfel im Dezember beschlossen werden soll.

Stimmrechtsentzug ist ausgeschlossen

Die umstrittene Forderung Deutschlands, „Defizitsündern“ die Stimme zu entziehen, ist vom Tisch. Bundeskanzler Werner Faymann kritisierte diese Forderung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel als „unvorstellbar und unsinnig“. Es gebe genügend Möglichkeiten eines präventiven Eingriffs bei ausufernder Schuldenentwicklung, z.B. durch Frühwarnsysteme: „Da braucht man nicht mit der politischen Keule drohen.“ Der Bundeskanzler betonte: „Das nützt keinem. Das verschärft die Lage, und niemand hat etwas davon.“ Nur einige wenige Staaten seien für diese Art der Sanktionierung gewesen, eine große Mehrheit dagegen. Außerdem wäre es bei einem Stimmrechtsentzug, wie ihn Deutschland und Frankreich wollten, „nicht um die Subvention einer Autobahn“ gegangen, sondern umfassendere Rechte.

Schutzschirm bis 2013 ratifizieren

Der permanente Euro-Schutzschirm soll den 750 Milliarden Euro teuren Mechanismus von EU und IWF (Internationaler Währungsfonds) ersetzen, der nach der Griechenland-Krise vereinbart wurde und 2013 ausläuft. Der EU-Gipfel vereinbarte deshalb, dass der neue Krisenmechanismus bis Mitte 2013 ratifiziert werden soll. Bis dahin muss die entsprechende Rechtsgrundlage ausgestaltet sein. Unklar ist noch, wie die Vertragsänderung



BKA

Die Weichen für einen Rettungsschirm für die Eurozone sind gestellt – nie wieder soll eine so große Krise die EU bedrohen, betonten Bundeskanzler Werner Faymann und EU-Ratspräsident Van Rompuy.

umgesetzt wird. Der Bundeskanzler sagte, dass über die vereinbarte Vertragsänderung in Österreich keine Volksabstimmung erforderlich sei, wenn bis Dezember keine anderen größeren Änderungen vorgeschlagen werden. Dann könnte die neue Krisenregelung z.B. im Rahmen des EU-Beitrittsvertrags von Kroatien durch die Parlamente der EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Auch EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso erklärte, dass ein Referendum nicht nötig sei, solange nur der Rettungsschirm be-

schlossen werde. Zuerst müsse aber genau feststehen, wie die Vorschläge detailliert aussehen. Jetzt werden Möglichkeiten gesucht, wie die Stabilität der Eurozone geschützt werden kann, wenn ein Land permanent die Haushaltsordnung der EU verletzt.

Generell zeigten sich die EU-Spitzenpolitiker mit der Einigung zufrieden. „Der Europäische Rat hat einen soliden Pakt geschaffen, um den Euro zu stärken“, sagte der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy. ♦

SPITÄLER

Mehr Effizienz und Transparenz

Um Verwaltungskosten einzusparen und Patienten gleichzeitig die medizinische Versorgung zu geben, die sie brauchen, hat Gesundheitsminister Alois Stöger eine Reform des Spitalswesens vorgeschlagen.



Grebe, picturedesk

Einschnitte in der Versorgung aufgrund von Kostendruck sind keine Option. „Daher braucht es Maßnahmen, die helfen, dass die Kosten geringer ansteigen und gleichzeitig die medizinische Versorgung ausgebaut wird“, so Gesundheitsminister Alois Stöger.

Spitäler sind ein wesentlicher Teil des österreichischen Gesundheitswesens und wichtig für die medizinische Versorgung. Sie verursachen aber auch stetig ansteigende Kosten, die deutlich über dem Wirtschaftswachstum liegen und so zusätzlichen Finanzierungsbedarf in Milliardenhöhe herbeiführen. Daher betont der Gesundheitsminister: „Um eine mittel- bis langfristige Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens sicherzustellen, brauchen Spitäler effizientere Steuerungsme-

chanismen: Kompetenz, Effizienz und Transparenz müssen erhöht werden.“ Um auch in Zukunft eine für alle frei zugängliche, qualitativ hochwertige, effiziente und nachhaltig finanzierbare Gesundheitsversorgung zu gewährleisten und um Versorgungsengpässe zu beseitigen, müssen die Kompetenzen besser gesteuert und gebündelt werden.

„Wichtig ist die optimale medizinische Versorgung der Österreicherinnen und

Österreicher. Und zwar nicht nur in Bal- lungszentren, sondern in der Region. Das heißt auch ganz klar, dass keine Spitals- standorte geschlossen werden dürfen“, betont Gesundheitsminister Stöger.

In Österreich gibt es zehn Spitalsgeset- ze: Eines vom Bund und neun von den Län- dern. „Es braucht ein einheitliches, einzi- ges Gesetz vom Bund“, betont Stöger. Die Vollziehung solle aber sehr wohl bei den Ländern bleiben. Auch die finanziellen Mittel des Bundes sollen in einem zentra- len Fonds gebündelt werden. „Wir erarbei- ten Finanzziele, die sicherstellen, dass die Spitalskosten nicht ausufern. In dem Aus- maß, in dem diese Ziele erreicht werden, zahlt der Fonds Geld aus“, erklärt der Ge- sundheitsminister, der dabei

an das erfolgreiche System bei den Krankenkassen er- innert. Derzeit tragen Sozial- versicherung und Bund die Hauptlast bei der Finanzie- rung – ohne Mitsprache- recht.

Die Spitäler sollen auch transparenter für die Bevöl- kerung werden – das bedeu- tet bessere Information für die Bevölkerung. So sollen

die Spitäler bekanntgeben müssen, wie oft sie z.B. eine bestimmte Operation durch- führen. Die Häufigkeit der erbrachten Lei- stung ist eine Voraussetzung für ausrei- chende Routine und damit ein entschei- dendes Qualitätsmerkmal. ♦



KUNSTVERMITTLUNG

Auf „Sehreise“ im Museum

Kulturministerin Claudia Schmied und MUMOK-Direkto- rin Karola Kraus haben vor kurzem zwei gelungene Kunst- vermittlungsprojekte für Volksschulkinder präsentiert.

Insgesamt hat Ministerin Claudia Schmied mit ihrer Initiative „Kunst- vermittlung mit Schulen in Bundes- museen“ fünf Programme für Schulkinder im MUMOK (Museum moderner Kunst) ermöglicht. Die ersten beiden Programme

„Sehreise“ und „Jetzt übernehmen wir“ seien „gelungene Beispiele der Kunstver- mittlung, die sich durch soziales Engage- ment auszeichnen“ und für die Welt der Museen begeistern, bekräftigte die Kultur- ministerin. ♦



MUMOK

Kulturministerin Claudia Schmied macht sich gemeinsam mit Volksschul- kindern auf eine spannende Entdeckungs- reise durchs MUMOK. ♦

BUNDESBAHNEN

Lehrlingsoffensive bei den ÖBB

Berufe mit Zukunft ab sofort: Für das kommende Jahr schreiben die ÖBB 450 neue Lehrstellen aus.

Österreichs Wirtschaft braucht junge Menschen, die gut ausgebildet sind. Und die Jugendlichen brauchen Lehrplätze, wo sie gefördert und gefordert werden. Das wird bei den ÖBB geboten. Damit trifft Infrastrukturministerin Doris Bures den Nagel auf den Kopf. Denn für das Jahr 2011 werden bei den ÖBB 450 Lehrstellen in 22 unterschiedlichen Lehrberufen ausgeschrieben. Dabei handelt es sich überwiegend um technische Berufe, von Metalltechnik und Maschinenbau bis zu Kommunikationstechnologie und Nachrichtenelektronik. „Die ÖBB sind Österreichs größter Ausbilder in technischen Berufen. Wir bilden die Besten aus, die Jugendlichen bekommen mit dieser Ausbildung eine Perspektive für ihr Leben. Darauf sind wir sehr stolz“, kommentiert ÖBB-Chef Christian Kern die Lehrlingsoffensive. Aber nicht nur im technischen Bereich er-

öffnen die ÖBB Zukunftsperspektiven. Auch kaufmännisches Handwerk und Eisenbahnspezialberufe können erlernt werden. Dass eine Karriere bei den ÖBB nur etwas für Männer sei, stimmt schon lange nicht mehr. Der Anteil der jungen Frauen, die eine Ausbildung bei der Bahn machen, ist in den letzten Jahren konstant angestiegen – 320 Frauen machen mittlerweile ihre Lehre bei der Bahn, vorwiegend in technischen Berufen.

Die Bahn ist nicht nur einer der größten Ausbilder in Österreich, sondern auch einer der besten. Das beweist die hohe Zahl an positiven Lehrabschlüssen im Vorjahr: 86 Prozent der ÖBB-Lehrlinge haben die Lehrabschlussprüfung positiv abgelegt, davon 40 Prozent mit Auszeichnung oder gutem Erfolg. Die Bewerbungsfrist für das kommende Jahr läuft noch bis Ende Februar.



Wer sich für eine Lehre bei den ÖBB interessiert, kann sich ab sofort unter www.oebb.at/lehrlingsbewerbung bewerben.

ARTENSCHUTZ

Vielfalt der Natur erhalten

Die UNO-Artenschutzkonferenz im japanischen Nagoya endete überraschend mit einem Erfolg. Nach zähen Verhandlungen einigten sich die 193 Vertragsstaaten bei den drei Zielen Artenschutz, naturgemäße Nutzung und gerechte Verteilung.

SPÖ-Europaabgeordnete Karin Kadenbach freute sich über das unerwartet positive Ergebnis: „Nach einem finalen nächtlichen Verhandlungsmarathon konnte ein für alle zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden. Wir vereinbarten 20 wichtige und eng miteinander verknüpfte Ziele“, so Kadenbach, Mitglied im Umweltausschuss. Besonders beim strittigen Thema Biopiraterie konnte zuletzt ein Durchbruch erzielt werden. Arme Länder sollen künftig für die Nutzung ihres biologischen Reichtums entlohnt werden. Das Nagoya-Protokoll legt fest, dass Firmen, die sich auf der Suche nach neuen Wirkstoffen oder Produkten an Organismen etwa aus Regenwäldern oder Korallenriffen bedienen, dafür zuerst um Erlaubnis bitten und einen Vertrag aushandeln müssen. Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für Umwelt

SPÖ NO



SPÖ-Europaabgeordnete Karin Kadenbach nahm als Vertreterin des Europäischen Parlaments an der UNO-Artenschutzkonferenz in Nagoya teil.

und Globale Entwicklung, betonte, wie dringend notwendig die erzielte Einigung auf konkrete Ziele bis 2020 sei: „Klimawärmung und Artenschutz sind keine ‚Luxusthemen‘. Das Aussterben hunderttausender Tier- und Pflanzenarten in nur wenigen Jahrzehnten bedeutet einen derart massiven Eingriff in das Ökosystem, dass die Folgen auch eine Bedrohung für die Menschen darstellen.“

INFO

Die wichtigsten Ziele:

- » Beseitigung von Biopiraterie
- » Ausweitung von Schutzgebieten (Land und Wasser)
- » Abschaffung umweltfeindlicher Subventionen
- » Förderung von schonender Bewirtschaftung der Natur
- » Artensterben und Überfischung stoppen
- » Nachhaltige Bewirtschaftung von Land und Aqua-Kulturen
- » Drastische Reduzierung von Umweltverschmutzung und Überdüngung

BRIEFWAHL

SPÖ fordert Ende der Nachfrist

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter will konsequent ausschließen, dass mit Hilfe von Wahlkarten taktisch gewählt werden kann.



Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter: Die SPÖ strebt bei der Wahlrechtsreform eine Fünf-Parteien-Einigung an.

Die Diskussion über eine Reform des Wahlrechts wurde von zwei Skandalen in den Reihen der ÖVP ins Rollen gebracht. In der burgenländischen Gemeinde Unterrabnitz-Schwendgraben hatte der ÖVP-Spitzenkandidat und

amtierende Bürgermeister 13 Wahlkarten gefälscht. Er ist mittlerweile zurückgetreten. Und in Wien forderte die ÖVP per Inserat die Wählerinnen und Wähler am Montag nach der Wahl auf, noch verspätet Wahlkarten abzuschicken – zugunsten ihrer Spitzenkandidatin Marek. Diese beiden Vorfälle zeigen klar den dringenden Bedarf einer Reform der Briefwahl. Daher setzt sich die SPÖ für ein Abschaffen der Nachfrist ein, innerhalb derer die Briefwahlstimmen bei der Wahlbehörde einlangen müssen. Die anderen Parlamentsparteien – außer die ÖVP – sprechen sich ebenfalls dafür aus. „Die Ausgabe und das Einholen von Wahlkarten muss absolut manipulationssicher gestaltet werden“, so SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. Derzeit ist das Ausfüllen einer

„Die Ausgabe und das Einholen von Wahlkarten muss absolut manipulationssicher gestaltet werden.“

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

Wahlkarte nach Wahlschluss verboten. Der Stimmzettel muss jedoch erst acht Tage nach dem Wahlsonntag bei der Wahlbehörde eintreffen.

Wahlrechtsdiskussion

Ein demnächst stattfindendes Expertenhearing sieht Kräuter als Auftakt zu einer größeren Wahlrechtsdiskussion, die in den kommenden Wochen und Monaten geführt werden soll. Neben der Reform der Briefwahl soll auch über das für Habsburger geltende Verbot einer Kandidatur für das Präsidentenamt diskutiert werden. Als dritten Punkt will Kräuter Maßnahmen gegen parteipolitischen Missbrauch amtlicher Wahlinformationen zum Thema machen. ♦

INITIATIVE

„Österreich 2020“ ist voller Erfolg

Seit März läuft die von SPÖ-Vorsitzendem Bundeskanzler Werner Faymann initiierte Zukunftsdiskussion der SPÖ. Tausende Interessierte haben sich schon daran beteiligt.

Die bisherige Bilanz von Österreich2020 kann sich sehen lassen: Mittlerweile wird die Initiative von über 500 Expertinnen und Experten wissenschaftliche begleitet. Sie erarbeiten in über 50 Diskursgruppen unter der Leitung von Moderatoren des Renner-Instituts und des SPÖ-Parlamentsklubs die thematischen Grundlagen. Alle zwei Wochen finden zudem öffentliche Veranstaltungen mit

50 bis 300 Teilnehmern statt, insgesamt haben bereits über 3.000 Bürger teilgenommen. Im Online-Bereich sind 1.200 Interessierte auf „Facebook“ und 600 registrierte User auf www.oe2020.at dabei.

Wie geht es weiter?

Österreich2020 lädt weiterhin möglichst viele Menschen ein, mitzudiskutieren und Politik aktiv mitzugestalten – etwa bei den Österreich2020-Zukunftsdiskursen mit den SPÖ-Regierungsmitgliedern in den Bundesländern oder bei Österreich2020-Enqueten im SPÖ-Parlamentsklub. Bis zum Frühjahr 2011 werden Inputs und Kommentare, die in den Veranstaltungen ge-



Österreich2020-Bildungstalks mit Ministerin Schmied in den Bundesländern

sammelt und online gepostet werden, in den laufenden Österreich2020-Prozess eingearbeitet. Zwischenergebnisse werden via Projekthomepage an die Userinnen und User kommuniziert. ♦

INFO

Informationen zur Initiative, Termine und die Möglichkeit zum Mitmachen finden Interessierte auf der Projekt-Homepage www.oe2020.at.

Ökologie

Der energetische Imperativ

Der erst kürzlich verstorbene SPD-Politiker Hermann Scheer fordert 100 Prozent erneuerbare Energie jetzt und zeigt auf, wie der vollständige Wechsel zu realisieren ist.

„Der energetische Imperativ“ ist das vierte große Zukunftsbuch des streitbaren und international renommierten Trägers des Alternativen Nobelpreises, der im Oktober nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben ist. Der Mitbegründer des „Instituts für Solidarische Moderne“ und Kämpfer für die Energiewende sieht die Zeit der „wohlfeilen Sympathiebekundungen“ vorüber, eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energie sei möglich. Er zeigt den

Scheinkonsens in der Energiedebatte auf und zeichnet die Konfliktlinien, die den Fortschritt bremsen, nach. Und er beschreibt Schlüsselprojekte, die den Wechsel zu 100 Prozent erneuerbaren Energien beschleunigen und atomare und fossile „Brücken“ überflüssig machen. Ein Buch, das Mut macht, die Dynamik des Wechsels als umfassende wirtschaftliche Chance zu begreifen – als ökonomischen wie ethischen Imperativ. ♦

☐ Stk.


Hermann Scheer:
Der energetische Imperativ.
Kunstmann, München 2010;
270 S., 20,50 €

Ungarn

Mein verspieltes Land

Vom Schrittmacher zum Krisenherd: Osteuropaexperte Paul Lendvai geht ohne Tabus dem dramatischen Szenenwechsel in seinem Heimatland Ungarn auf die Spur.

Die Rechtsradikalen stiegen zur drittstärksten Kraft im Parlament auf, Roma-Feindlichkeit ist an der Tagesordnung, Wirtschaftskrise, Schlammmkatastrophe – Ungarn gerät seit Jahren nicht aus den europäischen Schlagzeilen. Was ist die Vorgeschichte dieser Entwicklungen, die nun zu kulminieren scheinen? Wie wurde der Schrittmacher demokratische Reformen in Osteuropa zu einem „Problemkind“? Diese Fragen will einer der besten Kenner Un-

garns hierzulande, Paul Lendvai, in seinem neuen Buch „Mein verspieltes Land“ beantworten. Im Spiegel der Begegnungen mit Schlüsselfiguren aus Politik und Wirtschaft beschreibt Lendvai ohne Tabus die beunruhigenden Umwälzungen in seinem Geburtsland. Wer eine übersichtliche Darstellung der politischen Entwicklungen in Ungarn seit dem Ende des Kommunismus sucht, wird von Lendvai vorzüglich bedient. ♦

☐ Stk.


Paul Lendvai:
Mein verspieltes Land.
Ungarn im Umbruch.
Ecowin, Salzburg 2010;
272 S., 23,60 €

Weltgeschichte

Das Gesicht des 20. Jahrhunderts

Herausragende Persönlichkeiten prägten das 20. Jahrhundert im Guten wie im Schlechten. Hans-Peter Schwarz legt eine faszinierende Porträtgalerie einer bewegten Epoche vor.

Mit seinem erstmals 1998 erschienenen Standardwerk zeichnet der deutsche Historiker Schwarz ein Gesamtbild eines umwälzenden Jahrhunderts, das eine Ausnahmeperson im Lauf der Geschichte eingenommen hat. Es ist keine reine Apokalypse, die sich den Lesern entfaltet, in seiner Rückschau finden sich ebenso Heil- wie Unheilbringer. Herausragende Persönlichkeiten prägten das 20. Jahrhundert im Guten wie im Schlechten, sie zerschlugen die ge-

wohnte Ordnung und gaben der Weltgeschichte eine neue Richtung. Schwarz zeigt in seinem Rundgang durch die Geschichte auch die Hoffnungen auf, die das vergangene Jahrhundert gebracht hat. In der neuen Auflage zeichnet der Historiker jene prägenden Züge auf, die das aufkommende 21. Jahrhundert ausmachen. Ein großes biografisches Werk, das den Blick dafür schärft, was hinter uns liegt und wie unsere Gegenwart dadurch bestimmt wird. ♦

☐ Stk.


Hans-Peter Schwarz:
Das Gesicht des 20. Jahrhunderts.
Panthleon, München 2010.
896 S., 20,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



SALZBURG

„Dafür arbeiten wir“



Die SPÖ Salzburg präsentiert vor kurzem ihr Programm für den Herbst. In den nächsten Monaten soll massiv in Arbeitsplätze und Bildung investiert werden.

„Ein gerechtes Salzburg: Dafür arbeiten wir!“ Unter diesem Motto steht das umfangreiche Arbeitsprogramm, das LHF Gabi Burgstaller, LH-Stv. David Brenner, LR Erika Scharer und LR Walter Blachfellner kürzlich vorstellten. Trotz angespannter Finanzlage wird Salzburg auch in dieser Legislaturperiode massiv investieren. „Damit werden nicht nur Arbeitsplätze gesichert und geschaffen, sondern auch der breite Zugang zu sozialen Dienstleistungen und Lebensqualität garantiert. Wir investieren insbesondere in jene Bereiche, von denen viele und nicht nur einige wenige profi-

tieren“, sagt Landeshauptfrau Gabi Burgstaller.

In die Zukunft investieren

Insgesamt wird Salzburg gemeinsam mit den wichtigsten Unternehmen mit Landesbeteiligung rund 2,5 Milliarden Euro bis 2014 einsetzen – für Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten und Hochschulen, für Wohnen, den Arbeitsmarkt, die Verkehrsinfrastruktur, aber auch für Sportplätze und Kulturzentren.

Ab 2010 wird verstärkt in neue Arbeitsmarktbereiche investiert, etwa in zusätzliche Ausbildungen mit dem Zukunftsschwerpunkt Energie. Und bis 2012 werden allein für die Pflichtschulen 109 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. „Gerechtigkeit heißt für uns, verantwortungsvoll mit Allgemeingut umzugehen und gerade in finanzieller Hinsicht stets die Ver-



SPÖ Salzburg

Landeshauptfrau Gabi Burgstaller:
„Wir investieren insbesondere in jene Bereiche, von denen viele und nicht nur einige wenige profitieren.“

pflichtung gegenüber unseren Kindern und Kindeskindern im Auge zu haben“, so Salzburgs stellvertretender Landeshauptmann und Finanzreferent David Brenner zum präsentierten Arbeitsprogramm. ♦

NIEDERÖSTERREICH

Führerschein Neu für Einsatzfahrzeuge



Eine Zusatzausbildung wird das Lenken von schweren Einsatzfahrzeugen mit B-Führerschein ermöglichen.

Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge werden durch bessere Ausrüstung immer schwerer und überschreiten häufig das Gesamtgewicht von 3,5 Tonnen. Viele der ehrenamtlichen Lenker verfügen jedoch nur über einen B-Führerschein (bis 3,5 Tonnen). Mit den neuen Regelungen dürfen Fahrer von Feuerwehren und Rettungsorganisationen künftig mit dem B-Führerschein und einer Prüfung bis zu 5,5 Tonnen schwere Fahrzeuge lenken. „Die Gesetzesänderung ist eine wichtige Unterstützung für die Freiwilligen Feuerwehren sowie die Rettungsorganisationen und notwendig zur Sicherstellung der Einsatzfähigkeit“, so Landeshauptmannstellvertreter Sepp Leitner. ♦



Zimmer

Für SPNÖ-Vorsitzenden Sepp Leitner sind die neuen Führerscheinregeln eine wichtige Unterstützung für Freiwillige Feuerwehren und Rettungsorganisationen.

SPÖ FRAUEN

Aktiv gegen Brustkrebs



Mit einem gelungenen Benefizabend setzen die SPÖ Frauen Burgenland ein Zeichen der Solidarität mit Brustkrebspatientinnen.

Jährlich erkranken rund 5.000 Frauen an Brustkrebs, statistisch gesehen ist somit jede 8. bis 9. Frau im Laufe ihres Lebens mit der Diagnose Brustkrebs konfrontiert. Die SPÖ Frauen im Burgenland zeigen ihre Solidarität und engagieren sich besonders für Maßnahmen zur Früherkennung. Zu diesem Zweck veranstalteten sie am 22. Oktober einen Benefizabend, bei dem neben Kabarett und musikalischer Unterhaltung ein Beratungsstand der Krebshilfe und der Frauenberatungsstelle Oberpullendorf für die Fragen der Frauen zur Verfügung standen. Besonders junge Frauen wurden dazu angeregt, regelmäßig zur Vorsorgeuntersuchung zu gehen. Der Benefizabend war aber keine einmalige Aktion. Ab jetzt sind SPÖ Frauen im ganzen Land unterwegs, um die „Pink Ribbons“ zu verkaufen – der Erlös wird der Krebshilfe übergeben. ♦



Fotolia

Mit der rosa Schleife ein Zeichen der Solidarität mit Brustkrebspatientinnen setzen.

SOZIALISTISCHE JUGEND

Bildungswerkstatt 2010



Die SJ Österreich veranstaltete vergangene Woche ihr traditionell größtes Seminar des Jahres – die Bildungswerkstatt. Jungsozialisten aus dem ganzen Land kamen nach Velden, lernten, diskutierten und hatten Spaß.

Eines der größten Jugendtreffen Österreichs, die Bildungswerkstatt der Sozialistischen Jugend Österreich, fand dieses Jahr in Velden, im Jugendgästehaus Cap Wörth am Rande des Wörthersees statt. Über 250 Jugendliche aus ganz Österreich kamen für vier Tage zusammen, um zahlreiche Fragen gemeinsam mit Experten zu diskutieren. In 14 Workshops wurden Materien wie etwa die Krisen des Kapitalismus am aktuellen Beispiel Griechenlands behandelt. Weitere Themen waren der Klimawandel, die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Welt und deren soziale Folgen.

Auch Zeitloses wie die Frage „Was ist Sozialismus?“ wurden diskutiert. Lehrlinge konnten sich im Workshop „Ich bin Lehrling – Und was bist Du?“ vernetzen und weiterbilden. Im Aktionismus-Workshop gab es wie jedes Jahr Weiterbildung zum Thema Flyermachen, Protestorganisation und Aktionstage. Ein Feminismus- und ein Männerworkshop waren ebenso gut besucht wie die Arbeitsgruppe „Kein Platz für Nazis“ zum Thema Rechtsextremismus.

Politik & Spaß

Neben den zahlreichen leidenschaftlich geführten Debatten und spannenden



Abschlussfoto: Über 250 Jungsozialisten diskutierten auch dieses Jahr vier Tage lang in Velden über die wichtigen Themen der Sozialdemokratie.

Vorträgen durfte natürlich auch ein umfassendes Freizeitprogramm nicht fehlen. Von den Teilnehmern bestens organisierte Parties und Themen- sowie Filmabende sorgten für spannende Unterhaltung auch abseits der Arbeitsgruppen. ♦

OBERÖSTERREICH
Dialog-Tour gestartet

Die Nähe zum Menschen und das Eingehen auf besondere regionale Bedürfnisse sind die Ziele der Dialog-Tour des Landtagsklubs der SPÖ Oberösterreich.

Der Auftakt der Tour fand am 19. Oktober in Eferding/Grieskirchen statt. Angeführt von Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Ackerl verbrachten Landesrat Hermann Kepplinger, Klubobmann Karl Fraiss sowie alle SPÖ-Landtagsabgeordneten und Bundesräte den ganzen Tag vor Ort im Einsatz. Insgesamt wurden 50 regionale Einrichtungen, Betriebe und Vereine besucht. „Im Zentrum unserer Dialog-Tour steht der Kontakt mit den Menschen. Denn das persönliche Gespräch ist immer noch der beste Weg, um Sorgen und Bedürfnisse zu kommunizieren“, betonte Ackerl. ♦



SPÖ 00

Dichtes Terminprogramm: LHStv. Josef Ackerl und der Landtagsklub der SPÖ Oberösterreich besuchten 50 Einrichtungen, Betriebe und Vereine.

KINDERFREUNDE
Kinderfilmfestival in Linz

Die Kinderfreunde

Von 21.-28. November findet in Linz bereits zum fünften Mal das internationale Kinderfilmfestival statt.

Gemeinsam mit dem Moviemiento Kino in Linz organisieren die oberösterreichischen Kinderfreunde ein Filmfestival für junge Zuseherinnen und Zuseher. Gezeigt werden Filme aus aller Welt für Kinder im Alter von 4 bis 14 Jahren. „Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Ruhe und Freizeit, auf Spiel und Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben.“ Ganz im Sinne dieses Artikels der Kinderrechtekonvention stehen unterhaltsame Filme am Programm, die Fantasie und Welt-offenheit des jungen Publikums anregen sollen. Die meisten Filme werden in Originalsprache mit Live-Synchronisation gezeigt, um den kleinen Zusehern unterschiedliche Sprachen und Kulturen auch durchs Hören näher zu bringen. Programm und Kartenreservierung unter www.kinderfreunde.cc (Oberösterreich) oder telefonisch unter 0676 / 88 566 265. ♦



Fotolia

Die Kinderfreunde Oberösterreich machen für eine Woche das Kino zum Erlebnisraum für Kinder.



„40-40-40“ – Arbeitszeit gerecht verteilen

Mit der Formel 40 Arbeitsstunden, 40 Arbeitswochen, 40 Jahre Arbeitsleben gibt die GPA-djp die Richtung für ein System der Arbeitszeitregelung vor, das viele Probleme an der Wurzel packen würde.

„Es muss Menschen ermöglicht werden, tatsächlich 40 Jahre in Gesundheit arbeiten zu können.“

Pensionsalter auf 67 Jahre zu erhöhen, ist angesichts solcher Zahlen wenig sinnvoll. Das wissen wir spätestens seit den Pensionskürzungsreformen aus der Ära Schwarz-Blau-Orange. Denn eine solche

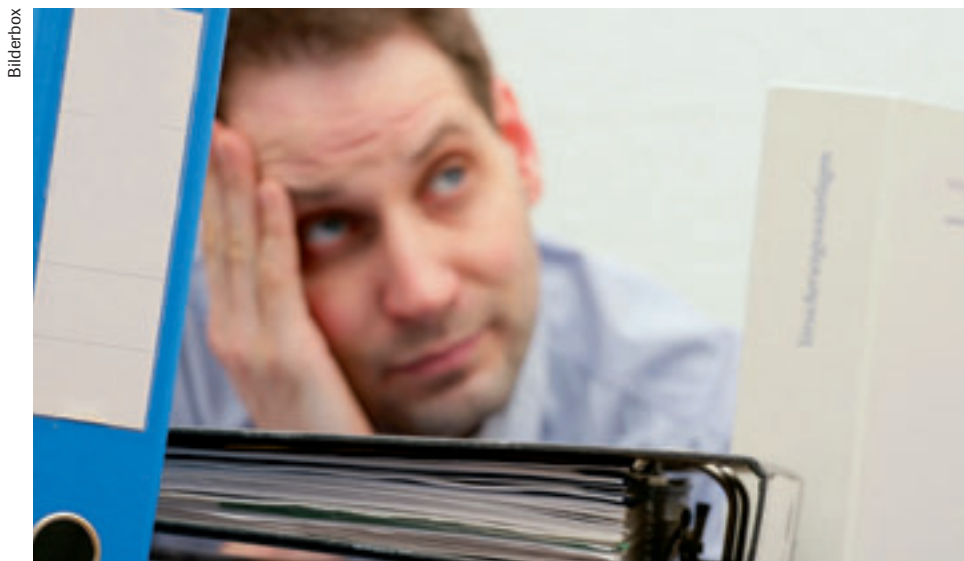
aber derzeit trotzdem graue Theorie ist – in Österreich werden jährlich rund 314 Millionen Überstunden geleistet.

40 Wochen Arbeitszeit jährlich ist sicher der revolutionärste Teil der Formel, bedeutet aber mehr als die bloße Forderung nach 12 Wochen Urlaub. Wir fordern eine sechste Urlaubswoche, zwei Wochen Anspruch auf Bildungsfreistellung (je zur Hälfte finanziert von den Arbeitgebern und aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung) sowie zwei Wochen Rechtsanspruch auf präventive Gesundheitszeit, die durch die Unfallversicherung finanziert werden könnte.

40 Jahre Arbeit im Leben – diese Forderung ist keinesfalls als Beitrag in der laufenden Pensionsdebatte zu sehen. Derzeit reichen 37,5 Versicherungsjahre als Anspruchsvoraussetzung für die normale Alterspension. Wir meinen, dass es Menschen ermöglicht werden muss, tatsächlich 40 Jahre in Gesundheit arbeiten zu können. Voraussetzungen dafür können die ersten beiden der genannten „40er“-Maßnahmen sein aber auch integrierte Strategien zur Gesundheitsförderung und -prävention.

Natürlich ist uns als GPA-djp bewusst, dass alle drei Forderungen letztendlich immer nur Richtwerte für die konkrete Umsetzung bleiben werden. Es wird eine Unmenge an Zwischen- und Teilschritten brauchen, die sowohl auf der Kollektivvertrags- als auch auf der Gesetzesebene stattfinden können und sollen. Ungeachtet der nervösen Zwischenrufe aus der Wirtschaft, die natürlich kommen werden, setzt das Modell 40-40-40 an den Wurzeln des Systems an. Und das ist bekanntlich die beste Methode, wenn man ein Problem lösen will. ♦

Dr. Dwora Stein ist seit 2006 Bundesgeschäftsführerin der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier.



Psychische Erkrankungen sind mittlerweile die zweithäufigste Ursache für Berufsunfähigkeits- bzw. Invaliditätspensionen.

Zeit ist eines der wichtigsten Güter, die wir zu verteilen haben. Kein Wunder also, dass Arbeitszeit in Geld aufgewogen wird und die Gewerkschaften so stark beschäftigt wie kaum ein anderes Thema. Der Status Quo bestätigt den Handlungsbedarf: Der Druck auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigt stetig. Bereits jeder fünfte unselbstständig Erwerbstätige leidet unter Stress, Burnout ist längst keine typische Managerkrankheit mehr. Psychische Erkrankungen sind mittlerweile die zweithäufigste Ursache für Berufsunfähigkeits- bzw. Invaliditätspensionen, im Juni 2010 wurde mit 462.700 Betroffenen ein neuer Höchststand registriert. Der Vorschlag, das gesetzliche

Erhöhung ändert nichts am faktischen Pensionsalter, vergrößert dafür aber das Risiko, im Alter arbeitslos zu sein.

„Umdenken, gegenlenken“

So lautet die Devise der GPA-djp. Diese hat schon vor einigen Jahren aufhorchen lassen mit der Arbeitszeit-Formel „40 – 40 – 40“. Sie steht für 40 Stunden, 40 Wochen und 40 Jahre. Das Ausmaß der Krise mit allen Folgen auf dem Arbeitsmarkt bestätigt, dass die Verkürzung der Arbeitszeit gerade in der Krise ein wichtiger und richtiger Schritt ist.

40 Stunden Wochenarbeitszeit einschließlich Mehr- und Überstunden sind ein Ziel, das vielen selbstverständlich erscheint,

TERMINKALENDER

HBf/Wenzel



Bundeskanzler Werner Faymann will die Budget-Begutachtungsfrist nutzen, um das Gespräch mit kritischen Interessensvertretern zu suchen.

Die Einigung zum Budget und die Debatte über die Zukunft des Bundesheeres beschäftigten unsere Leserinnen und Leser in den letzten Tagen. Einige der zahlreichen Reaktionen finden sich hier – teilweise gekürzt – wieder.

Liebe Redaktion!

Dass nach der Krise das große Aufräumen kommen muss, war allen klar. Sie hat gekostet – immerhin hat der Staat durch Investitionen dafür gesorgt, dass die Menschen von den Folgen nicht zu stark betroffen sind. Durch Konjunkturpakete und Arbeitsmarktpolitik konnte Rekordarbeitslosigkeit und der Einbruch des Privatkonsums, wie wir sie aus unseren europäischen Nachbarländern kennen, verhindert werden.

Die Regierung hat sich letztendlich auf ein Budget geeinigt, mit dem ich gut leben kann. Die Erhöhung der Mineralölsteuer werde ich als Vielfahrerin selbst zu spüren bekommen und als Mutter zweier Kinder (14 und 23 Jahre alt) hätte ich mir vor allem bei den Fami-

lien weniger Einschnitte gewünscht. Dass hier nun nachgebessert werden soll, bestärkt mich in meiner Meinung und freut mich natürlich dementsprechend. Dass aber vor allem der Finanzsektor bei den neuen Einnahmen zum sprichwörtlichen Handkuss kommt, finde ich nur gerecht. Immerhin waren es Banken und Spekulanten, die die Krise verursacht haben.

Gerlinde Zarach
Brunn am Gebirge

Sehr geehrte Damen und Herren des SPÖ-Regierungsteams!

Ich zähle mich zu den „Härtefällen“, von denen in den letzten Tagen in allen Zeitungen zu lesen war. Als „Septemberkind“ wurde ich von Haus aus später eingeschult. Ich habe eine HTL besucht (5 Jahre) und im Anschluss meinen Zivildienst bei den Kinderfreunden absolviert. Mit meinem Mathematik-Lehramt-Studium konnte ich daher erst mit 21 beginnen. Bei einer Mindeststudien-dauer von neun Semestern ist klar, dass ich bis zu meinem 24. Geburtstag nicht abschließen kann. Auf die Familienbeihilfe – die mir demnächst gestrichen werden soll – bin ich jedoch angewiesen. Sonst kann ich mir, trotz geringfügiger Beschäftigung, meinen WG-Platz in Wien nicht leisten. Daher hoffe ich stark, dass Sie in den kommenden Wochen noch einmal über die Kürzung der Familienbeihilfe für Studierende nachdenken und erkennen, dass es sich dabei um ein fatales Signal für Österreichs Studierende handelt.

Mit freundlichen Grüßen
Michael Hager
Neunkirchen

Bundesheer – quo vadis?

Die derzeitige Debatte über die Zukunft des Bundesheeres finde ich höchst begrüßenswert. Wenn nicht gerade Hochwasser-Saison ist, bekommt das Bundesheer leider nur wenig Aufmerksamkeit. Eine echte Zukunftsdiskussion, wie vom Bundeskanzler und vom zuständigen Minister angestoßen, unterstütze ich dahervoll. Sie bietet Gelegenheit, über die großartigen Leistungen unserer Soldaten und die Bedeutung des Bundesheeres zu informieren. Dass die Menschen durch eine Volksbefragung ein gewichtiges Wörtchen mitzureden haben, wird helfen, dass sie sich nachhaltig mit dem Thema befassen. Noch dazu zeigt eine Volksbefragung, dass die Politiker keine Angst vor der Meinung der Bevölkerung haben. Ich bin gespannt und freue mich auf die kommenden Debatten über unser Heer und werde mich nach bestem Wissen und Gewissen beteiligen.

Mag. Friedrich Haimberger
via E-Mail

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Theresa Aigner, Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner, Christian Novotny, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Zinner, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: LeykamDruck, W. Neustadt,
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

NET NEWS

www.ooe.spoe.at/gerechtigkeit

Die SPÖ OÖ hört zu

Kürzlich wurde von der SPÖ Oberösterreich eine neue Online-Initiative ins Leben gerufen: Unter dem Motto „Sagen Sie uns Ihre Meinung!“ sammelt das Team rund um Landespartei-vorsitzenden LH-Stv. Josef Ackerl Ideen und Anregungen aus der Bevölkerung. Die zentralen Fragestellungen lauten: „Wie wollen Sie leben?“, „Wohin soll sich unsere Gesellschaft ent-

wickeln?“ und „Was erwarten sich die Menschen von der Politik?“. Auf der Webseite findet sich ein Kontaktformular, mit welchem die Bürger ihre Anliegen direkt an die SPÖ übermitteln können. Die Beiträge werden gesammelt, laufend ausgewertet und finden ihren Niederschlag in der künftigen politischen Arbeit der oberösterreichischen Genossen. ♦





Für vertiefte bilaterale Beziehungen...

...trat Verteidigungsminister Norbert Darabos die Reise nach Ägypten an. Dort stand neben einem Treffen mit dem ägyptischen Verteidigungsminister Hussein Tantawi auch die Eröffnung des österreichischen Attachébüros auf dem Programm.



Für friedliche Nutzung...

...von Atomenergie engagiert sich Mohamed ElBaradei und erhielt dafür 2005 den Friedensnobelpreis. Hier im Gespräch mit Bundeskanzler Werner Faymann beim Empfang im Bundeskanzleramt anlässlich des diesjährigen Wiener Nobelpreisträgerseminars.



Für herausragende Frauenforschung...

...wurden die Preisträgerinnen des Käthe-Leichter-Preises und des Frauen-Lebenswerk-Preises 2010 ausgezeichnet. „Die Leistungen von Frauen müssen verstärkt kommuniziert werden, um gehört zu werden“, betonte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek in ihrer Begrüßungsrede.

Für mehr Klimaschutz...

...setzten auch Umweltstadträtin Ulli Sima und Forstdirektor Andreas Januskovecz ein Zeichen. Im Zuge einer Aktionswoche pflanzen 320 Schulkinder 3.500 heimische Bäume und Sträucher auf einer Fläche von 4.000 m²

